

Jugoslawien und „Der Kampf gegen die Windräder“.

Weitere Informationen siehe www.kduregger.de

Jürgen Grässlin ist Vorsitzender des Rüstungs- InformationsBüros (RIB e.V.), Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD), Sprecher des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS) und Mitglied beim Freiburger Friedensforum. Er ist Autor einer

Vielzahl kritischer Sachbücher über Rüstungs-, Militär- und Wirtschaftspolitik und Mitinitiator von Kampagnen gegen Rüstungsexport.

Veranstalter sind das RIB, die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), die Freiburger Ortsgruppe der DFG-VK und das Freiburger Friedensforum.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an RIB e.V., Stühlingerstraße 7, 79106 Freiburg, Tel. 0761-76 78 088, rib@rib-ev.de

2. Europameister beim Rüstungsexport – Deutschlands hemmungslose Rüstungsexportpolitik

von Jürgen Grässlin

Kriegsprofiteure: Die Top Ten der Rüstungsriesen

Das Erfreulichste vorneweg: Die Zahl der Kriege sinkt seit Jahren und hat sich im Jahr 2009 auf nunmehr 34 – immerhin der niedrigste Stand seit gut eineinhalb Jahrzehnten – verringert. Dies belegt eine jüngst publizierte [Studie](#) der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachen-Forschung (AKUF) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Hamburg. Im Jahr 2009 brachen zwar zwei Kriege und ein weiterer bewaffneter Konflikt neu aus, zugleich aber endeten acht kriegerische Auseinandersetzungen.

Grund genug, die weltweiten Militärausgaben spürbar zu senken, Waffenexporte drastisch zu reduzieren und die Rüstungsindustrie schnellstmöglich auf eine sinnvolle zivile Fertigung umzustellen. Zeit also, endlich die lang ersehnte Friedensdividende einzufahren und Rüstungskonversion einzuleiten – möchte man meinen. Das Wunschbild trägt, die Realität sieht leider gänzlich anders aus: Militäreinsätze und Rüstungsgeschäfte boomen wie seit Jahren nicht mehr, in Zeiten der weltweiten Wirtschaftskrise und wachsender Terrorangst verzeichnen Rüstungskonzerne Rekordumsätze.

Ein Blick in die aktuellen Statistiken des [Stockholm International Peace Research Institute](#) (SIPRI) 2009 verrät, wie wenig Wunsch und Wirklichkeit zusammengehen: So stiegen die Waffenverkäufe vieler führender rüstungs-

produzierender Unternehmen in den vergangenen Jahren teilweise exorbitant an. In den Top Ten rangieren allein sechs US-Konzerne, von denen gleich mehrere die weltweit höchsten Profite verzeichneten. Wie in den Vorjahren führt Boeing die Profit-Statistik 2007 mit Gewinnen in Höhe von 4,1 Milliarden US-Dollar an. Auf den Plätzen zwei bis vier folgen die US-Rüstungskonzerne Lockheed Martin mit 3,0 Mrd. US-Dollar, General Dynamics mit 2,0 Mrd. US-Dollar und Northrop Grumman mit 1,8 Mrd. US-Dollar.

Die einzige ernst zu nehmende Konkurrenz kommt – militärisch gesehen – aus dem eigenen Lager: Mit British Aerospace, der European Aeronautics Defence and Space Company (EADS), Finmeccanica und Thales finden sich zugleich vier europäische Rüstungskonzerne in der Spitzengruppe. Deren Profite fielen allerdings geringer aus als die der US-Giganten. Während BAE Systems noch fast gleich auf mit Northrop Grumman abschnitt (1,8 Mrd. US-Dollar), konnten Thales aus Frankreich und Finmeccanica aus Italien mit 1,2 Mrd. bzw. 713 Millionen US-Dollar) vergleichsweise geringere Gewinne verbuchen. Die EADS fiel 2007 mit Verlusten in Höhe von 610 Millionen US-Dollar gänzlich aus dem Rahmen, was sich u. a. mit den hohen Entwicklungskosten für den neuen Militärtransporter A400M erklären lässt. Ein Blick in den [EADS-Geschäftsbericht](#) für 2008 verrät jedoch die Rückkehr in die Gewinnzone durch neuerliche Waffenexporte.

Rüstungskonzerne sind Profiteure der Kriege in aller Welt. Seit den Terror-Anschlägen vom 11. September 2001 lassen vor allem die für den „Krieg gegen den Terror“ benötigten Waffen mit den Kriegseinsätzen im Irak, in Afghanistan und Pakistan die Kassen der Rüstungskonzerne klingen.

Europameister Deutschland

Unbeschadet von der Wirtschaftskrise konnte die deutsche Rüstungsindustrie weitgehend Firmenzusammenbrüche und Massenentlassungen vermeiden. In Zeiten allgemeiner Rezession liefen und laufen die Waffengeschäfte, dank einer überaus großzügigen Exportförderungs politik der Bundesregierung und personell chronisch unterbesetzter Rüstungskontrollbehörden, wie geschmiert. In der Folge hat sich Deutschland im Zeitraum von 2004 bis 2008 – nach den USA und Russland – endgültig als Europameister auf Platz 3 der Weltwaffenexporteure etabliert. Wie das [Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI](#) dokumentierte, stiegen die deutschen Rüstungsausfuhren in den letzten fünf Jahren um rund 70 Prozent, der Weltmarktanteil am Waffenhandel konnte von sieben auf zehn Prozent ausgebaut werden – allen voran durch Waffenlieferungen an Krieg führende NATO-Partner, wie die USA und Großbritannien.

Maßgeblich am deutschen Rüstungsexportboom beteiligt ist die European Aeronautic Defence and Space Company. Größte Stimmrechtseigner der EADS – im weltweiten Ranking des Jahres 2007 auf Platz 7 – sind der deutsche Automobil- und Rüstungsriese Daimler AG und Sogea (Lagardère und die französische Staatsholding Sogepa) mit je 22,5 Prozent. Die spanische Staatsholding SEPI hält 5,49 Prozent des Kapitals (siehe: [Geschäftsbericht](#)).

Auf Platz 18 der weltgrößten Rüstungskonzerne folgt der Lenkflugkörperproduzent MBDA, dessen maßgeblicher Anteilseigner mit 37,5 Prozent die EADS ist. Unter den Top 100 folgen mit Rheinmetall (Platz 29), Thyssen-Krupp (39), Krauss-Maffei Wegmann (42), Diehl (58) und MTU Aero Engines (69) fünf deutsche Rüstungskonzerne. Zu den „Verkaufsschlägern“ zählen Panzer vom Typ Leopard-2A4, teilweise im Ausland in Lizenz gefertigte deutsche U-Boote des Typs 214, in Koopera-

tionen produzierte Kampfhubschrauber, Militärjets wie der Eurofighter, Tankflugzeuge und Drohnen, Granatwerfer und Sturmgewehre des Typs G36.

Rüstungsexporteure müssen geächtet werden!

Würde die Bundesregierung ihre eigenen, wohl-gemerkt rechtlich nicht verbindlichen Politischen Grundsätze zur Grundlage ihres Handels erheben, müsste sie Waffentransfers an die im aktuellen Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE 2009) als „problematisch“ eingestuften Empfängerländer unterbinden (siehe [GKKE-Bericht](#), S. 40). Dass sie dies nicht tut, begründet sich in ihrer Industrie konformen Wirtschafts- und ihrer Militär orientierten Außenpolitik.

Schlimmer noch: In Zukunft drohen alle Dämme zu brechen. Denn in ihrem [Koalitionsvertrag](#) haben CDU/CSU und FDP die Zielsetzung einer restriktiven Rüstungsexportpolitik gestrichen. Für die kommenden vier Jahre lautet das Ziel: „Wir halten an den derzeit geltenden Rüstungsexportbestimmungen fest und setzen uns weiter für eine Harmonisierung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU ein. Wir treten für faire Wettbewerbsbedingungen in Europa ein und bekräftigen den Offset-Verhaltenskodex der Europäischen Verteidigungsagentur.“ Man hätte auch *möglichst offene Grenzen für Rüstungsexporte* oder *Abbau aller Hemmnisse für Waffenlieferungen* im Koalitionsvertrag festlegen können, das Ergebnis wäre identisch.

Ansatzpunkte zur Gegenwehr gegen Rüstungsexporte gibt es 2010 genug: Vom Mitmachen bei den Konzern bezogenen Kampagnen „Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Rüstungsexporte!“ und „Stoppt das G36-Gewehr von Heckler & Koch!“ bis hin zur aktiven Unterstützung politischer Aktionen, wie der Birkacher Erklärung: "Waffenexporte ächten!“ der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Mit der neuen Kampagne „AKTION AUFSCHREI – Rüstungsexporte ächten, Opfer entschädigen!“, die am 1. September 2010, dem Antikriegstag, ihren Start nehmen wird. Nur so kann es gelingen, die Politik zur Umkehr zu bewegen und die Rahmenbedingungen zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung auf eine sinnvolle

Fertigung, zu schaffen. Hierzu bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses der Friedens- und Menschenrechtsbewegung, von Kirchen und Gewerkschaften und Vertretern politischer Parteien.

Interessentinnen und Interessenten, die Näheres zu AKTION AUFSCHREI! erfahren oder bei

der Kampagne mitmachen wollen, wenden sich an j.graesslin@gmx.de

Wir geben diesen Artikel gekürzt wieder. In der kommenden Ausgabe der „[Zivilcourage](#)“, der Zeitschrift der DFG-VK, wird er in ganzer Länge zu lesen sein.

3. Konzernprofit vor Menschenleben? – die Pflicht der Bundesregierung

von André Maertens

„Restriktiv“ war die deutsche Rüstungsexportpolitik früher. Das bedeutete Lieferungen in alle Welt – legal und von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Die neue Bundesregierung geht nun einen Schritt weiter und will selbst letzte Exportbeschränkungen beseitigen. Dem muss die Gesellschaft deutlich widersprechen und Druck auf die Politik ausüben, die GKKE hat mit den Daten in ihrem Rüstungsexportbericht die Informationsgrundlage geschaffen. Doch neben den direkten Exporten darf nicht vergessen werden, dass Deutschland über Jahrzehnte auch Nachbaurechte für Kleinwaffen vergeben hat. Mit tödlichen Folgen.

Iran, Saudi-Arabien und Pakistan sind Beispiele für Länder, die in Lizenz unkontrolliert verschiedenste Waffentypen des größten europäischen Handfeuerwaffenherstellers Heckler & Koch produziert und exportiert haben. Vor allem dadurch ist deutsche Waffentechnik weltweit in Krisen- und Kriegsgebiete gelangt, ohne dass dies zu einer wirksamen Reaktion der jeweiligen Bundesregierung geführt hätte.

Wie groß die Verbreitung von HK-Waffen ist, wird an der Region Naher Osten anschaulich: Fast alle Staaten sind mit Waffen von Heckler & Koch ausgerüstet – die in den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Region dann auch eingesetzt wurden.

Oft wird als Argument für die ausbleibende Waffenkontrollpolitik angeführt, dass die entsprechenden Lizenzen längst ausgelaufen seien. Das wirft die Frage auf, wer die politische sowie die rechtliche Verantwortung dafür trägt, dass diese Nachbaurechte so lange gültig blieben und dass auch nach Vertragsende weiter produziert werden durfte. Nötig ist daher eine detaillierte Aufklärung und eine Stellungnahme der Regierungsvertreter zu dieser Mitschuld an Hundert-

tausenden von Schusswaffenopfern deutscher Lizenzwaffen.

Daten über diese Opfer haben die Bundesbehörden nie gesammelt, geschweige denn diese Problematik öffentlich thematisiert. Sich nicht um die Leidtragenden der eigenen Waffenverkäufe und Lizenzvergaben zu kümmern, ist schändlich und einer Demokratie nicht würdig. Kleinwaffenkontrolle muss deswegen mehr sein als die Diskussion aktueller oder zukünftiger Exporte. Die überlebenden Opfer und ihre Angehörigen, zum Beispiel im Sudan oder in Kolumbien, haben einen Anspruch auf Entschädigung durch die deutsche Regierung und durch Heckler & Koch. Nötig ist deshalb auch ein staatlich und privatwirtschaftlich unterstützter Hilfsfonds für die Betroffenen und ihre Familien.

Nötig ist drittens ein Exportverbot für Rüstungsgüter – eingeschlossen die meist unbeachteten Waffenkomponenten. Einmal exportiert, lassen sich Kleinwaffen und auch Waffenteile nicht mehr beaufsichtigen. Lizenzen dürfen nicht mehr vergeben werden. Die Nachverfolgbarkeit von Schusswaffen bleibt eine Illusion, die bei Exportentscheidungen gerne als Scheinargument angeführt wird – dies gilt auch für transnationale Rüstungsprojekte und für Lieferungen an NATO-Partner oder mit ihnen kooperierende Staaten. Denn nur so war es beispielsweise möglich, dass in der Türkei jahrzehntelang kurdische Menschen mit deutschen Waffen getötet wurden. Über die Zahl der in Georgien mit G36-Gewehren ermordeten Menschen gibt es bisher noch keine Informationen. Doch lebensgefährliche Technologie auszuführen kann nicht im Sinne des deutschen Grundgesetzes sein. Denn aus historischer